

Medienmitteilung

Parolenfassung für die Abstimmungen vom 29. November 2026

Berner KMU: Ja zum Kriegsmaterialgesetz, Nein zur Feuerwerksinitiative, Nein zur Mehrwertsteuererhöhung für die AHV und Nein zur gemeinsamen Ehepaarbesteuerung

Die Gewerbekammer von Berner KMU hat am 17. September 2026 in Gerzensee die Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 29. November 2026 gefasst. Sie beschliesst das Ja zur Änderung des Kriegsmaterialgesetzes sowie das Nein zur Feuerwerksinitiative, zur Mehrwertsteuererhöhung für die AHV und zur Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe.

Ja zum Kriegsmaterialgesetz

Die Änderung des Kriegsmaterialgesetzes lockert die Regeln für Rüstungsexporte. Gesuche aus 25 Partnerstaaten werden grundsätzlich bewilligt, und die Nichtwiederausfuhr-Erklärung fällt weitgehend weg. Francesco Rappa (Die Mitte), Mitglied des Leitenden Ausschusses von Berner KMU und Oberst, zeigte auf, warum die Vorlage Industrie und Landesverteidigung betrifft. Der Heimmarkt allein trägt die Schweizer Rüstungsindustrie nicht. Fehlt die Verlässlichkeit bei Exporten, beschaffen Partnerstaaten anderswo, und Fachkräfte, Produktionslinien und Zulieferer gehen verloren. Das Neutralitätsrecht bleibt anwendbar, und der Bundesrat kann Gesuche weiterhin ablehnen. Die Gewerbekammer beschliesst ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung die Ja-Parole.

Nein zur Feuerwerksinitiative

Die Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk» will Verkauf und Verwendung von lärm erzeugendem Feuerwerk schweizweit verbieten. Grossrätin Sandra Hess (FDP), Vizepräsidentin von Berner KMU, hielt fest, dass Kantone und Gemeinden Feuerwerk bereits heute einschränken oder verbieten können. Rund 90 Prozent der Feuerwerke werden am 1. August und an Silvester gezündet. Ein nationales Verbot ist deshalb unverhältnismässig und trifft Hersteller, Importeure, Fachhandel und Veranstalter. Die Gewerbekammer beschliesst einstimmig die Nein-Parole.

Nein zur Mehrwertsteuererhöhung für die AHV

Der Bund will die 13. AHV-Rente teilweise über eine unbefristete Erhöhung der Mehrwertsteuer finanzieren. Der Normalsatz soll ab 2028 von 8,1 auf 8,5 Prozent steigen. Nationalrat Lorenz Hess (Die Mitte) legte die Argumente beider Seiten dar. Für die Vorlage spricht, dass das Stimmvolk die 13. AHV-Rente beschlossen hat und diese nun finanziert werden muss, ohne die Löhne zusätzlich zu belasten. Dagegen spricht, dass die Erhöhung nur einen Teil der Mehrkosten deckt und keine strukturelle Reform der AHV ersetzt. Die Gewerbekammer lehnt die Vorlage mit 31 zu 8 Stimmen bei einer Enthaltung ab.

Nein zur gemeinsamen Ehepaarbesteuerung

Die Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare» will bei der direkten Bundessteuer an der gemeinsamen Besteuerung festhalten und jede Benachteiligung gegenüber Unverheirateten ausschliessen. Im März 2026 hat das Stimmvolk bereits die Individualbesteuerung angenommen. Francesco Rappa vertrat das Ja. Die Individualbesteuerung belaste Einverdiener-Ehepaare und Familien mit ungleich verteilten Einkommen, wie sie in Gewerbebetrieben häufig vorkommen. Grossrätin Sibylle Plüss-Zürcher (FDP), Mitglied des Leitenden Ausschusses von Berner KMU, hielt entgegen, die Initiative schaffe ein Parallelsystem mit gemeinsamer Besteuerung beim Bund und individueller Besteuerung in den Kantonen. Das bringe mehr Bürokratie, je nach Modell Steuerausfälle von bis zu drei Milliarden Franken und schwächere Erwerbsanreize. Die Gewerbekammer fasst mit 19 zu 16 Stimmen bei 5 Enthaltungen die Nein-Parole.

Für zusätzliche Auskünfte:

Lars Guggisberg, Direktor Gewerbeverband Berner KMU, 079 621 48 78
18. September 2026